

**Interpellation SVP-Fraktion:
«EU-Vertragspaket: Droht Druck auf staatsnahe Betriebe?»**

Im Rahmen des neuen Vertragspakets Schweiz–EU sind Bestimmungen zu staatlichen Beihilfen vorgesehen, insbesondere in den Bereichen Luftverkehr, Landverkehr und Strom. Diese erfassen nicht nur klassische Subventionen, sondern auch Staatsgarantien und andere wirtschaftliche Sondervorteile. Damit stellt sich für die Kantone die Problematik der Konsequenzen für staatsnahe Unternehmen, öffentlich-rechtliche Anstalten und Beteiligungen.

Für den Kanton St.Gallen ist dies von besonderer Bedeutung. Mit der St.Galler Kantonalbank (SGKB) besteht ein zentrales staatsnahes Institut, dessen Stellung wesentlich durch die kantonale Staatsgarantie geprägt ist. Zwar wird die Staatsgarantie für die Kantonalbanken im Vertragspaket derzeit nicht direkt thematisiert. Gleichwohl könnten Beihilferegeln in Zukunft auch gezielt auf kantonale Eigentümerstrukturen angewendet werden, da die EU-Regulierungen ständig ausgeweitet werden.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die Auswirkungen der vorgesehenen EU-Regeln zu staatlichen Beihilfen auf staatsnahe Betriebe und Beteiligungen des Kantons St.Gallen insgesamt?
2. Welche kantonalen Unternehmen, Anstalten oder Beteiligungen könnten nach Auffassung der Regierung potenziell direkt oder mittelbar von diesen Regelungen betroffen sein?
3. Wie beurteilt die Regierung die zukünftige Situation der SGKB, insbesondere im Hinblick auf die Staatsgarantie, auch wenn diese nach heutigem Stand nicht direkt in den vom Bund ausdrücklich genannten sektoriellen Geltungsbereich der Beihilfebestimmungen fällt?
4. Hat die Regierung Abklärungen vorgenommen, ob kantonale Sonderregelungen wie Staatsgarantien, Kapitalausstattungen oder Defizitdeckungen künftig unter Druck geraten könnten?
5. Wie stellt die Regierung sicher, dass die Interessen des Kantons St.Gallen gewahrt bleiben und keine schleichende Einschränkung kantonaler Handlungsspielräume erfolgt?»

8. Juni 2026

SVP-Fraktion